

...sser für die Menschen.



Foto: dpa

Bundesvorstand

„Brandenburger Erklärung“ verabschiedet

Die CDU dringt auf eine „Sofortinitiative“ für mehr Wachstum und Beschäftigung in Ostdeutschland.

Es sei eine „nationale Aufgabe“, die strukturellen Defizite des Ostens in den nächsten Jahren zu überwinden, sagte CDU-Vorsitzende Angela Merkel bei der Vor-

stellung der „Brandenburger Erklärung“, die nach Beratung der CDU-Spitzenengremien vom Bundesvorstand beschlossen wurde. Damit werde deutlich, dass die CDU es als vorrangige Aufgabe begreife, den Menschen in Ostdeutschland „eine Perspektive zu ▶

INHALT

Brandenburger
Erklärung des
Bundesvorstands
Seite 4–6

Dokumentation:
„Projekt Wachstum:
Mehr Wachstum durch
modernes Regieren und
Verwalten in Deutschland“,
von Peter Müller
Innenteil

HEUTE AKTUELL

■ Bürgerversicherung sozial ungerecht – Interview mit Generalsekretär Laurenz Meyer (Seite 7) ■ Sachsen: Freie Fahrt für Milbradt (Seite 8) ■ Schleswig Holstein: Kleiner Parteitag in Elmshorn (Seite 9) ■ Niedersachsen: Ausbildungspakt unterzeichnet (Seite 10) ■ Projekt Wachstum: Mehr Wachstum und Qualifikation durch Elitenbildung (Seite 11) ■ BFA Entwicklungspolitik: Papier zum Weltbevölkerungswachstum vorgestellt (Seite 12) ■ Frauen Union fordert Umdenken in der Familienpolitik (Seite 13) ■ D. Wöhr: Rot-grüne Mittelstandspolitik ist reinste Heuchelei (Seite 14) ■ D. Austermann: Nachholbar beim „gläsernen Vorstandschef“ (Seite 14–15) ■ H. Koschyk: Fall Mzou di stellt neues Zuwanderungsgesetz auf den Prüfstand (Seite 15–16) ■ T. Rachel, J. Klöckner: Organspenden – Apelle an guten Willen sind zu wenig (Seite 17)

► geben,“ betonte Angela Merkel.

Kurskorrekturen

In dem elf Punkte umfassenden Sofortprogramm, das auf die Initiative der Landesvorsitzenden Brandenburgs und Sachsens, Jörg Schönbohm und Georg Milbradt, zurückgeht, fordert die Union die Bundesregierung zu Kurskorrekturen auf und schlägt konkrete Maßnahmen für mehr Wachstum und Beschäftigung in den neuen Bundesländern vor.

Die CDU Vorsitzende Angela Merkel betonte, dass sich der Vorstand klar zur Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe als richtigen Schritt bekenne, aber den Aspekt des Forderns noch nicht für ausreichend halte. Die vom SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering angestoßene Diskussion um Mindestlöhne bezeichnete Merkel als „reines Ablenkungsmanöver“. Die Debatte sei nicht zielführend, sondern konterkarriere den gesamten Reform-

kurs des Forderns und Forderns. Deshalb spreche sich die CDU in dem Papier dafür aus, bisherige Lohnersatz- und Transferleistungen für arbeitsfähige Arbeitslose in Lohnergänzungszahlungen für Niedriglohnjobs umzuwandeln. Bei Aufnahme einer geringer entlohnten Tätigkeit sollen Betroffene durch Lohn- und Lohnkostenzuschüsse über ein höheres Gesamteinkommen verfügen als Personen, die nicht arbeiten. Dadurch solle vor allem den Langzeitarbeitslosen im Osten „eine Einstiegschance in den Arbeitsmarkt geboten werden“, erklärte Angela Merkel.

Regionale Wirtschaftsförderung

Der Osten müsse „mehr Fahrt aufnehmen“ und brauche mehr Wachstum als der Westen, unterstrich der Landesvorsitzende der CDU-Brandenburg Jörg Schönbohm. Dazu forderte die CDU unter anderem, den neuen Ländern die im Solidarpakt zugesagten Mittel

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 0 30-2 20 70-3 72, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 22 26-8 02-0, Telefax 0 22 26-8 02-1 11-3 33. Vertrieb: Telephon 0 22 26-8 02-2 13, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis: jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.



Foto: opha

der Körbe I und II in voller Höhe auszuzahlen und die im Haushalt 2004 gesperrten Verpflichtungsermächtigungen für die regionale Wirtschaftsförderung freizugeben. Mit diesen Mitteln erhielten die neuen Länder die Chance, neue Industriebetriebe anzusiedeln, sagte Schönbohm. Das Argument, diese Mittel seien bisher nicht abgerufen worden, habe im Interesse der Schaffung von Arbeitsplätzen keine Gültigkeit mehr. Die Ostdeutschen dürften nicht das Gefühl haben, „abgespeist“ zu werden. Des Weiteren setzt sich die CDU in der „Brandenburger Erklärung“ für Öffnungs- und Experimentierklauseln für mehr Gestaltungsfreiheit vor Ort ein. Neben der

„Brandenburger Erklärung“ haben sich die Spitzengremien der CDU außerdem auf eine Bundesrats-Initiative verständigt. Auch dabei steht die Frage im Mittelpunkt, wie mehr Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt geschaffen werden könne.

Verkehrspolitik

Sachsens Ministerpräsident Georg Milbradt plädierte für eine Fortsetzung der Wirtschaftsförderung. „Wenn man den Menschen eine Perspektive geben will, dann muss man Investitionen in Ostdeutschland fördern.“ Zudem müssten die Verkehrswege in die neuen mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer ausgebaut

werden. Deshalb fordere die CDU schon seit geraumer Zeit ein Sonderprogramm „Verkehrsprojekte Europäische Einheit“. Zu diesem Zweck müssten Verkehrsprojekte, die für den europäischen Einigungsprozess von Bedeutung seien, im Bundesverkehrswegeplan als vordringlich ausgewiesen werden.

Bei der Umsetzung der so genannten Hartz-IV-Reform sieht die CDU noch eine Reihe von Fragezeichen. Es gelte, Besonderheiten zu diskutieren und Ermessensspielräume zu definieren, beispielsweise für die Anrechnung bestimmter Vermögenswerte. „Wir wollen mitreden, heißt nicht, wir wollen das Gesetz ändern“, merkte Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Wolfgang Böhmer an. Es gehe vielmehr darum, in der vereinbarten Monitoring-Gruppe auch bei der Formulierung von Durchführungsbestimmungen mitzureden.

- www.cdu.de
- Politik a bis z
- Beschlüsse



Brandenburger Erklärung des CDU-Bundesvorstands vom 23.8.2004

„Deutschland kann mehr. Mit einer Politik für mehr Arbeitsplätze in die Zukunft der neuen Bundesländer investieren.“

Die CDU will Deutschland wieder an die Spitze führen. In unserem Land steckt weit mehr, als unter Rot-Grün sichtbar wird. Die Menschen in unserem Land wollen mehr und können mehr – mit einer besseren Politik.

Die CDU steht für eine Politik, bei der Wachstum und neue Arbeitsplätze wieder an erster Stelle stehen. Jede politische Entscheidung muss diese beiden Ziele im Auge haben.

Vor allem in den ostdeutschen Bundesländern bleibt die wirtschaftliche Entwicklung trotz größter Anstrengungen der Menschen angespannt. Vieles ist erreicht worden. Aber noch immer gibt es in Ostdeutschland viel aufzuholen. Dafür brauchen die ostdeutschen Länder mehr Wachstum als Westdeutschland. Ostdeutschland muss mehr Fahrt aufnehmen. Tatsächlich zeigt der genaue Blick: Die CDU regierten Länder

holen auf. Mit CDU-Politik haben die ostdeutschen Länder teilweise Spitzenwerte beim Wirtschaftswachstum in ganz Deutschland erreicht. Die Lage in Ostdeutschland beweist: Überall dort, wo eine bessere Politik gemacht wird, kann sich mehr Dynamik entfalten. Die Menschen können mehr leisten und für das eigene Wohl mehr erreichen als Rot-Grün zulässt.

Die CDU will mehr Dynamik für ganz Deutschland. Voraussetzung dafür ist, dass Ostdeutschland aufholt. Wir können den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit nur gewinnen, wenn wir in Ostdeutschland mehr Arbeitsplätze schaffen. Eine Politik, die Ostdeutschland aus dem Blick verliert, kann in Deutschland keinen Aufschwung in Gang bringen. Deutschland kommt nur dann zurück an die Spitze in Europa, wenn Ostdeutschland in die Lage versetzt wird mitzuziehen. Viele ermutigende Leistungen zeigen, was in den ostdeutschen Län-

dern möglich ist. Viele Erfolge der CDU-Politik in Ostdeutschland haben Modellcharakter für ganz Deutschland. Die bessere Politik zeigt unter schlechteren Bedingungen die bessere Wirkung.

Sofortinitiative für die neuen Bundesländer

Die CDU fordert die Bundesregierung zu einer umgehenden Kurskorrektur auf. Die neuen Länder brauchen eine sofortige Initiative für mehr Wachstum und Beschäftigung:

■ **1.** Die CDU tritt dafür ein, dass die den ostdeutschen Bundesländern im Solidaripakt zugesagten Mittel der Körbe I und II in voller Höhe ausgezahlt werden. Im Gegenzug stehen die neuen Länder ihrerseits in der Pflicht, die Solidaripaktmittel aufbaugerecht zu verwenden. Rot-Grün hat bislang keine verlässlichen Zusagen gemacht.

■ **2.** Die CDU setzt sich dafür ein, dass die Europäische Union die wichtige Förderung der ostdeutschen Länder als „Ziel-1-Gebiete“ bis 2013 beibehält. Rot-Grün hat dieses Ziel preisgegeben.

■ **3.** Die CDU fordert die Bundesregierung auf, alle im Bundeshaushalt 2004 für den Aufbau Ost gesperrten Verpflichtungsermächtigungen für die regionale Wirtschaftsförderung freizugeben.

■ **4.** Wir wollen Fördermittel vor allem für die besonders wachstums- und arbeitsplatzrelevanten Kernbereiche Infrastruktur, Investitionsförderung produktiver Anlagen sowie Forschung und Entwicklung einsetzen. Rot-Grün gibt das Geld ohne erkennbares System aus.

■ **5.** Die CDU fordert von der Europäischen Union ein Sonderprogramm „Verkehrsprojekte Europäische Einheit“. Verkehrsprojekte, die für den europäischen Einigungsprozess von Bedeutung sind, müssen zudem im Bundesverkehrswegeplan als „vordringlicher Bedarf“ ausgewiesen werden. Rot-Grün hat Geld für wichtige Verkehrsprojekte mit der Maut verspielt.

■ **6.** Die CDU will Schlüsseltechnologien durch den

Aufbau regionaler Wachstumspole („Cluster“) und die enge Vernetzung zwischen kleinen und mittelständischen Unternehmen und der Wissenschaft fördern. Wir wollen den Technologietransfer aus einer gut ausgebauten Wissenschafts- und Forschungsstruktur auch in die Klein- und Mittelbetriebe gewährleisten, damit weltmarktfähige Produkte für morgen entstehen, die zu dauerhaft sicheren Arbeitsplätzen führen. Rot-Grün hat die Wissenschafts- und Forschungsförderung vernachlässigt und den Anschluss an die Weltspitze aufs Spiel gesetzt.

■ **7.** Die CDU lichtet den Verwaltungsdschungel, damit wirtschaftliche Entwicklungspotenziale besser genutzt werden können. Rot-Grün schafft mehr Verordnungen, mehr Hemmnisse und mehr Verunsicherung.

■ **8.** Die CDU treibt die Reform der föderalen Ordnung an. Wir brauchen mehr Eigenverantwortlichkeit von Bund, Ländern und Kommunen sowie mehr Gestaltungsfreiheit vor Ort. Es muss mehr Öffnungs- und Experimentierklauseln geben, die es vor allem den neuen Ländern erlauben, von Regelungen des Bundes abzuweichen. Rot-Grün stellt

sich quer und verhindert, dass Modellregionen in den Ländern entstehen.

■ **9.** Die CDU setzt sich dafür ein, dass Lohnersatz- und Transferleistungen für arbeitsfähige Arbeitslose in ein System der „Lohnergänzung“ umgewandelt werden. Bei Aufnahme einer gering entlohnten Tätigkeit soll ein arbeitsfähiger Arbeitsloser durch Lohn und Lohnkostenzuschuss bzw. ergänzende Sozialhilfe über ein höheres Gesamteinkommen verfügen als wenn er nicht arbeitet. Dadurch wollen wir vor allem den zahlreichen Langzeitarbeitslosen in Ostdeutschland wieder eine Einstiegschance in den Arbeitsmarkt bieten. Rot-Grün kürzt und fordert, ohne im Gegenzug Hilfe und Unterstützung anzubieten.

■ **10.** Die CDU tritt für eine Flexibilisierung des Arbeitsrechts ein. Der Kündigungsschutz für bestehende Arbeitsverhältnisse bleibt unangetastet. Wir wollen aber Barrieren abbauen, die Neueinstellungen verhindern, damit vor allem ältere Arbeitnehmer mehr Chancen haben. Rot-Grün will ihnen diese Chancen verwehren.

■ **11.** Die CDU will das Steuersystem radikal vereinfachen. Eine bessere Politik schafft Vereinfachung. Das

deutsche Steuerrecht verhindert heute Existenzgründungen und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Anwendung wird für den Staat, die Bürger und Unternehmen immer teurer. Gerade die in Ostdeutschland überproportional vertretenen kleinen Unternehmen haben unter den dadurch entstehenden Lasten zu leiden. Rot-Grün verhindert durch immer kompliziertere Regeln und Steuererhöhungen Existenzgründungen und neue Arbeitsplätze.

Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sinnvoll gestalten

Die Zusammenlegung der beiden steuerfinanzierten Systeme, Arbeitslosen- und Sozialhilfe ist grundsätzlich ein Schritt in die richtige Richtung. Der zentrale Gedanke muss dabei sein: „Fördern und Fordern“.

Alleine mit Fordern kommt man deshalb nicht voran, vor allem nicht in den neuen Bundesländern und in den Regionen mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit in den alten Bundesländern. Gerade dort muss vielmehr der Aspekt des Förderns in den Vordergrund treten. Wir dürfen nicht das wesentliche

Ziel aus den Augen verlieren, den Betroffenen eine Perspektive zu geben.

Die beste Förderung ist das Entstehen von neuen Arbeitsplätzen im ersten Arbeitsmarkt. Dazu sind Maßnahmen notwendig, die den Menschen neue Jobmöglichkeiten eröffnen.

Aber die Bundesregierung lässt die Menschen mit der Reform allein. Die Umsetzung ist – wie bei der LKW-Maut, dem Dosenpfand und vielen anderen Projekten – von schweren handwerklichen Fehlern und Durcheinander gekennzeichnet.

Die CDU stärken – das Land nach vorne bringen

Die Wahlen des Jahres 2004 haben gezeigt, dass die Menschen eine andere Politik wollen. Die Wählerinnen und Wähler haben gezeigt, dass sie kein Vertrauen in die rot-grüne Politik haben. Sie wollen endlich wieder eine Politik, die ihre Sorgen ernst nimmt und Ihnen Hoffnung und Vertrauen zurückgibt. Deutschland braucht eine bessere Politik.

Der Vergleich der Bundesländer belegt: Wo die Union regiert, geht es besser – in Ost und West. Die Menschen zeigen mehr Leistung, weil sie

mehr für ihre Leistung bekommen. Wenn alle die Vorteile der besseren Politik spüren, entwickelt sich die Wirtschaft besser. Wenn sich Leistung lohnt, entstehen Arbeitsplätze. Wo die CDU eine bessere Politik verantwortet, wird mehr für Bildung getan und das Leben ist sicherer. Deshalb schenken die Menschen der CDU in den Ländern und in den Kommunen das Vertrauen. Für eine bessere Politik muss die CDU bei den bevorstehenden Landtagswahlen im Saarland, in Brandenburg und Sachsen und bei der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen weiter gestärkt werden.

Jede Stimme für die Union ist eine Stimme für mehr Wachstum und neue Arbeitsplätze.

Wir sind überzeugt: Unser Land hat ein großes Potenzial für den Fortschritt in Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Die Menschen in Ost und West wollen mehr mit ihrer Anstrengung erreichen. Die Menschen wissen, dass Deutschland mehr leisten kann und wollen daran mitarbeiten. Gemeinsam kann Deutschland wieder zu einer führenden Wirtschaftsnation werden. Deutschland kann mehr mit einer besseren Politik. Mehr Wohlstand und größere sozialer Sicherheit für alle.

Interview mit CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer

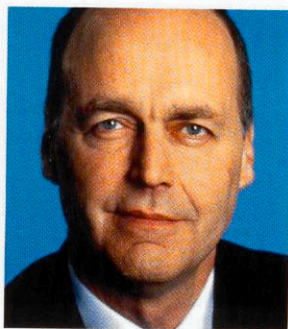
Bürgerversicherung sozial ungerecht

Warum lehnt die CDU die Idee der Bürgerversicherung ab?

Laurenz Meyer: Ein marodes System wird nicht dadurch besser, dass man noch mehr Menschen hineinzwängt. Die Bürgerversicherung ist eine Mogelpackung: Selbst die gewerkschaftsnahe Böckler-Stiftung kommt zu dem Ergebnis, dass die Bürgerversicherung nicht, wie von Rot-Grün versprochen, zu einer Beitragssenkung führen wird. Zudem löst sie nicht eines der Hauptprobleme am Arbeitsmarkt: Die Gesundheitskosten werden nicht von den Lohnkosten abgekoppelt. Dementsprechend hat der Sachverständigenrat der Bundesregierung errechnet, dass die Bürgerversicherung 1,4 Millionen Arbeitsplätze kosten würde.

Ist es nicht gerechter, angesichts der langfristigen Probleme der gesetzlichen Krankenversicherung alle Bürger zur Finanzierung mit heranzuziehen?

Meyer: Die Bürgerversicherung setzt die Ungerechtigkeit des bestehenden Systems fort:



Die Hauptlast tragen die Durchschnittsverdiener, die für die Finanzierung des Familienlastenausgleichs und die Mitfinanzierung der Kleinstverdieneraufkommen müssen. Der Name Bürgerversicherung klingt gut, ist aber in Wahrheit nichts anderes als eine Sondersteuer für kleinere und mittlere Einkommen, während Großverdiener oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze nicht angemessen zur Finanzierung herangezogen werden.

Worin sehen Sie die Vorteile der von der CDU favorisierten Gesundheitsprämie – insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Finanzierung des Sozialausgleichs derzeit völlig unklar ist?

Meyer: Die Gesundheitsprämie räumt mit der sozialen

Ungerechtigkeit gegenüber Normalverdienern auf. Durch den Ausgleich über das Steuersystem erreichen wir, dass auch die Besserverdiener am notwendigen sozialen Ausgleich beteiligt werden. Nur die Gesundheitsprämie ermöglicht mehr Wettbewerb zwischen den Versicherungen und führt so zu Kostensenkungen. Außerdem lösen wir eines der Hauptprobleme am Arbeitsmarkt: Wir koppeln die Gesundheitskosten von den Lohnkosten ab. Der Sachverständigenrat der Bundesregierung rechnet daher mit dem Entstehen von rund einer Million neuer Arbeitsplätze als Folge der Einführung der Gesundheitsprämie.

ANDERE STIMME

„Die Vorschläge leisten keinen essenziellen Beitrag zur Entkoppelung von Arbeits- und Gesundheitskosten. [...] Wer beim Stabhochsprung unter der Latte durchspringt, hat sie zwar nicht gerissen, aber dennoch einen Fehlversuch gemacht.“

Bert Rürup, SPD, Sozialberater der Bundesregierung, Handelsblatt. 27.08.2004.

Sachsen

Freie Fahrt für Milbradt

Mit der Vorstellung seines Wahlkampfbusse hat der sächsische Ministerpräsident und Landesvorsitzende Georg Milbradt heiße Wahlkampfphase für die Landtagswahl am 19. September eröffnet.

Der Spitzenkandidat kündigte an, dass er in den nächsten fünf Wochen alle Wahlkreise des Freistaates ansteuern werde. Bis zum 17. September stünden etwa 150 Termine auf dem Programm, um den Menschen unter anderem auch die Hartz IV-Reformen zu erklären. „Wir müssen uns um

die Menschen mit Angst kümmern“, sagte Milbradt und verlangte von der Bundesregierung erneut Aufklärung über die Arbeitsmarktreform Hartz IV.

Fehlende Informationen seien jedoch nur ein Teil, der die große Reform so schwierig mache, erklärte Milbradt. Vor allem im Osten müssten Investitionshemmnisse beseitigt werden, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Der



Foto: Seyboldt

Ministerpräsident kündigte an, dass die CDU mit den Themen Wachstum, Arbeit und Sicherheit für Sachsen bei der Landtagswahl die Fortsetzung ihrer seit 1990 währenden Alleinregierung anstrebe.

THÜRINGEN: CDU. BESSER FÜR DIE MENSCHEN.

Die CDU zeigt wie es geht. Statt die Menschen mit ihrer Angst allein zu lassen – wie es Rot-Grün im Moment praktiziert –, nimmt die CDU die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst.

So betreibt die CDU in ganz Thüringen 76 Anlaufstellen und Bürgerbüros für die Leute in den Städten und Landkreisen, die Hilfe und Beratung brauchen. „Die Menschen können mit ihren Sorgen in unsere Geschäftsstellen und die Bür-

gerbüros unserer Abgeordneten kommen und wir kümmern uns um ihre Probleme“, so Thüringens CDU-Generalsekretär Mike Mohring.

Bürgerbüros der CDU wollen den Thüringern noch mehr Hilfestellung bei der Beantragung von Fördermitteln geben, bei der Beantwortung von Fragen zu aktuellen politischen De-



batten helfen und konkrete Anregungen entgegennehmen.

„Dieser Service ist ein wichtiger Pfeiler unserer Arbeit“, so Mohring weiter. „Nur durch diese Nähe zu den Menschen kennen wir ihre Sorgen und Ängste und können somit auch das aufgreifen, was bewegt und geklärt werden muss.“

Schleswig Holstein

„Die soziale Balance wahren“

Ganz im Zeichen der Landtagswahl im nächsten Jahr stand der kleine Parteitag der schleswig-holsteinischen CDU in Elmshorn.

In seiner Rede kündigte der Spitzenkandidat der NORD-CDU, Peter Harry Carstensen, an, dass die CDU wieder für Verlässlichkeit in der Sozialpolitik und für eine soziale Balance sorgen werde.

„Es ist auch ein sozialpolitisches Gebot, die Rahmenbedingungen in Schleswig-Holstein so zu verändern, dass hier Arbeitsplätze geschaffen werden und dass hier Steuern gezahlt werden.“ Dazu habe der Landesvorstand dem Kleinen Parteitag ein umfassendes Konzept vorgelegt. Neben den Themen einer deutlichen Reduzierung der Sozialhilfeausgaben, der Förderung von Eigeninitiative statt staatlicher Rundumversorgung sowie einer modernen Seniorenpolitik stehe dabei die Familienpolitik im Mittelpunkt. Peter Harry Carstensen: „Wir setzen bei den Jüngsten in den Kindergärten und Schulen an, um präventiv auf ein gesundheitsbewusstes und kriminalitätsfreies Leben hinzuwirken.“

Kinderfreundlichkeit trage dazu bei, dass die Zukunfts-



Peter Harry Carstensen und sein Kompetenzteam

chancen der Jugend gesichert werden. Die Zeiten, in denen manche in der CDU Alleinerziehende für eine Randgruppe gehalten haben sind vorbei!“, so der Spitzenkandidat.

Der rot-grünen Regierung in Kiel warf Carstensen eine „wachstumszerstörende Politik“ vor. „Immer noch wollen die Grünen die A 20 verhindern. Überflüssige Bürokratie blockiert Investitionen. Rekordverschuldung ruiniert den Haushalt. Die Bildungschancen unserer Jugend sinken und sinken. Und auch für die Bundespolitik ist diese Landesregierung mit verantwortlich: Im Bundesrat stimmt Frau Simonis für die Schröder-Politik, in Kiel tut sie so, als hätte sie nichts damit zu tun.“

Ausserdem wurden erste personelle Weichen gestellt. Peter Harry Carstensen kün-

digte an, dass im Falle eines Wahlsiegs der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietrich Austermann, Landesfinanzminister werde. Für das Amt des Innenministers sei der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Klaus Schlie vorgesehen. Das Landwirtschafts- und Umweltministerium solle der frühere Europa-Angeordnete Christian von Boetticher übernehmen. „Wir brauchen eine Mannschaft, die in der Lage ist, aufzuräumen. Aufzuräumen in einem Land, das unter Rekordverschuldung leidet, von der Bürokratie erstickt wird, der jungen Generation auf Grund einer miserablen Bildungspolitik die Zukunftschancen raubt und durch fehlende öffentliche Investitionen keinen wirtschaftlichen Aufschwung erfahren kann,“ erklärte Carstensen.

Niedersachsen

Ausbildungspakt unterzeichnet

Als „Fortsetzung einer Erfolgsgeschichte“ hat David McAllister die Unterzeichnung des Ausbildungspakts zwischen Landesregierung, Wirtschaft und Arbeitsverwaltung begrüßt.

„Bereits im letzten Jahr haben durch die Initiative zahlreiche Jugendliche einen Ausbildungsplatz erhalten. Auch in diesem Jahr werden wir wieder viele zusätzliche Stellen einwerben“, so der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

Ziel der heute getroffenen Vereinbarung ist es, in Niedersachsen allen ausbildungswilligen und -fähigen jungen Menschen einen Ausbildungsplatz anzubieten. Hierfür werden beispielsweise zusätzliche Ausbildungsakquisiteure bei den Kammern eingesetzt. Andererseits sollen gerade in strukturschwachen Regionen 300 zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen werden.

David McAllister wies auf mangelnde Alternativen hin, indem er einer staatlichen Ausbildungsplatzabgabe ein weiteres mal eine klare Absage erteilte. „Herr Gabriel muss sich wirklich fragen, mit welchem Recht er die



David McAllister

heutige Vereinbarung diffamiert. Aus seinen Reihen haben wir bislang nur Forderungen nach staatlicher Regulierung und Zwangsabgabe vernehmen können. Würde die Wirtschaftspolitik der rot-grünen Bundesregierung mehr auf Wirtschaftswachstum und die Entstehung von Arbeitsplätzen ausgerichtet sein, wären Vereinbarungen wie die von heute nicht notwendig. Da wir aber von Rot-Grün in Berlin nichts zu erwarten haben, geben wir den jungen Menschen in unserem Land durch eigene Initiativen neue Zukunftschancen.“

Mit dem Ausbildungspakt sei Niedersachsen, genauso wie im letzten Jahr, wieder einmal Vorreiter bei der Ausbildungssicherung. David McAllister weiter:

„Herr Gabriel soll lieber seine guten Verbindungen nach Berlin nutzen, um für eine bessere Wirtschafts- und Finanzpolitik zu werben. Das würde den ohnehin schon unter großem Wettbewerbsdruck stehenden Unternehmen in Niedersachsen noch ein bißchen mehr Luft lassen, um weitere Ausbildungsplätze zu schaffen“.

SERVICEPUNKT

■ HARTZ IV: Zwölf Fragen und Antworten

Die Berichte zum Hartz-IV-Gesetz haben in den letzten Wochen bei vielen Menschen Angst und Unsicherheit ausgelöst. Neben handwerklichen Männern der Bundesregierung in der Umsetzung des Gesetzes ist dafür vor allem die schlechte Informationspolitik der Bundesregierung verantwortlich. In einer Frage-Antwort-Liste hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle die Fragen aufgegriffen, die in den letzten Wochen an die Parteizentrale gerichtet worden sind.

Die Liste finden Sie als PDF-Dokument im Mitgliedernetz.

Mehr Freiheiten für die Hochschulen

„Bildung ist ein zentraler Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.“ Mit dieser Kernaussage leitete Laurenz Meyer in die Vorstellung des sechsten Themenpakets im Rahmen des Projekts Wachstum ein.

Nur mit einem leistungsfähigen Bildungssystem, das mehr Wettbewerb ermöglichte, werde es gelingen, die „kulturelle, wirtschaftliche und soziale Entwicklung“ unseres Landes zu stärken. Da Bildung unser einziger „Rohstoff“ sei, könnten wir es uns mit Blick auf die demografische Entwicklung immer weniger leisten, Talente und Begabungen brach liegen zu lassen. Meyer mahnte, derso genannte „Brain drain“, also die Abwanderung junger Leistungsträger, sei ein alarmierendes Zeichen für die Standortschwäche Deutschlands. Um hier Abhilfe zu schaffen, plädierte der Generalsekretär für mehr „Wettbewerbsföderalismus“.

Baden-Württembergs Kultusministerin Annette Schavan nannte drei zentrale Innovationsbremsen, die im Bildungswesen beseitigt werden müssten. Als ersten Schritt forderte Schavan die Abschaffung des Hochschulrahmengesetzes im Kontext



der Förderalismusreform. Um die Vergleichbarkeit von Studiengängen und Studienabschlüssen zu garantieren, sollten Vereinbarungen zwischen den Ländern getroffen werden, die zugleich an europäischen Maßstäben ausgerichtet sein müssten.

Außerdem sollten „unternehmerisch geführte Hochschulen“ um die besten Studierenden konkurrieren können, betonte die stellvertretende CDU-Vorsitzende. Dazu müsse es ihnen jedoch möglich sein, sich ihre Studenten in einem qualifizierten Auswahlverfahren selbst auszusuchen. Eine dritte Innovationsbremse bestehe darin, dass die rot-grüne Bundesregierung den Hochschulen die Erhebung von Studiengebühren verwehre. Damit öffne die Koalition der „Umverteilung von unten nach oben“ Tür und Tor. Denn die Krankenschwester werde über ihre Steuer-

gelder gezwungen, das Studium des Chefarztes mitzufinanzieren ebenso wie der KFZ-Mechaniker das des Ingenieurs. Diese „unsoziale Entwicklung“ müsse beendet werden, forderte Schavan.

Die Befürchtung, Studiengebühren seien ein Studienehindernis für sozial Schwächere, wies Schavan mit Erfahrungen in anderen Ländern zurück. Studiengebühren müssten aber Teil einer „vernünftigen“ Bildungsfinanzierung sein, die auch Elitenförderung, Stipendien und Kredite einschließe. In diesem Zusammenhang verwies Annette Schavan auf Gespräche mit den Landeszentralbanken, die attraktive Studienfinanzierungskonzepte vorlegen sollen.

Das Papier finden Sie auf www.projekt-wachstum.de



Bundesfachausschuss Entwicklungspolitik

Papier zum Weltbevölkerungswachstum vorgestellt

„Die Probleme des Weltbevölkerungswachstums müssen wieder ernster genommen werden“ – dies forderte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Internationale Zusammenarbeit und Menschenrechte der CDU Deutschlands, Armin Laschet, anlässlich eines Pressegesprächs in Berlin.

Zehn Jahre nach der Weltbevölkerungskonferenz der Vereinten Nationen in Kairo findet in London vom 31. August bis zum 2. September 2004 ein globaler Roundtable zum Thema Weltbevölkerung statt. Aus diesem Anlass stellte der Bundesfachausschuss Internationale Zusammenarbeit und Menschenrechte der CDU Deutschlands den Beschluss „Weltbevölkerungspolitik zehn Jahre nach Kairo – Die Herausforderung annehmen, die Vernachlässigung beenden“ vor. „Auch nach zehn Jahren hat dieses Thema nichts an seiner Aktualität verloren. Das Wachstum der Weltbevölkerung ist eine der größten humanitären und politischen Herausforderungen unserer Zeit“, sagte La-

schet in Berlin. Das Positionspapier fordert die Bundesregierung auf, „endlich wieder größere Anstrengungen zu unternehmen, um Maßnahmen gegen das anhaltend dramatische Wachstum der Bevölkerung in zahlreichen Entwicklungsländern zu unterstützen“. Stattdessen werde das Problem von Rot-Grün vernachlässigt. „Die für bevölkerungspolitische Maßnahmen zur Verfügung gestellten Mittel wurden unter Bundeskanzler Schröder drastisch gekürzt“, kritisierte Laschet und stellte fest, dass Deutschland seine Verpflichtungen, die es vor zehn Jahren in Kairo eingegangen ist, schon lange nicht mehr erfüllt. Dabei seien es Frauen und Kinder in den Entwicklungsländern, die die Hauptleidtragenden sind.

„Zehn Jahre nach Kairo ist es an der Zeit, dass die rot-grüne Bundesregierung ihr Versprechen einlöst und ihren finanziellen Verpflichtungen nachkommt“, for-



derte Laschet. Die CDU appelliert in ihrem Papier nachdrücklich an alle Staaten, das Weltbevölkerungsproblem nicht nur als eine humanitäre und soziale, sondern nicht zuletzt als sicherheitspolitische Herausforderung ernst zu nehmen. Weltbevölkerungsprobleme lassen sich durch Bildung, Familienplanung, Aufklärung und Gesundheitsvorsorge lösen. „Ohne die finanzielle Unterstützung dieser Maßnahmen wird der Kairoer Aktionsplan nicht umgesetzt werden können“, sagte Laschet.

→ www.cdu.de
 → Politik a bis z
 → Entwicklungspolitik

Zukunftsfähigkeit Deutschlands

Frauen Union fordert Umdenken in der Familienpolitik

Deutschland geht in Rente – während die Einwohnerzahl in Deutschland abnimmt, wird die Bevölkerung immer älter. Die Prognose: Bis zum Jahr 2020 werden voraussichtlich zwei Millionen weniger junge Menschen als heute in der Bundesrepublik leben. Gemeinsam mit Expertinnen und Experten diskutierte die Frauen Union über die Auswirkungen dieser Entwicklung.

Mit dabei: Dr. Reiner Klingholz, Direktor des Berlin-Instituts für Weltbevölkerung und globale Entwicklung, Dr. Gisela Meister-Scheufelen, Präsidentin des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg, Renate Holznel, 1. Vizepräsidentin des Landtages von Mecklenburg Vorpommern und die ehemalige Bundesministerin und Gründungsdirektorin des Deutschen Zentrums für Altersforschung, Prof. Dr. Ursula Lehr. Mit der Podiumsveranstaltung: „Deutschland im Jahr 2020 – Den demographischen Wandel gestalten“ setzte die Frauen Union ihre Gesprächsreihe „Wie wollen wir morgen leben?“ fort. Das

Ergebnis der Expertenrunde: Der demographische Wandel erfordert ein zügiges und schnelles Umdenken in der Familienpolitik. Denn der Bevölkerungsrückgang macht sich unmittelbar wirtschaftlich bemerkbar. FU- Vorsitzende Maria Böhmer machte deutlich: „Politik steht in der Verantwortung, angesichts dieser Entwicklungen so weit und so seriös wie möglich in die Zukunft zu schauen und vorausschauend zu handeln.“ Dazu gehöre vor allem, auf die neuen Lebensumstände von jungen Menschen einzugehen und den Ausbau von Kindertagesstätten sowie die Verbesserung von Vereinbarkeit von Familie und Beruf voranzutreiben.

Bereits seit den 70er Jahren, als der Pillenknickeinsetzte, werden in Deutschland weniger Kinder geboren, als für den Erhalt der Bevölkerungszahl erforderlich wären. Zugleich nimmt aufgrund längerer Lebenserwartung und immer noch stark besetzten älteren Geburtsjahren deren Gewicht in der Gesamtbevölkerung zu.



Die erste flächendeckende Rangliste in Sachen Zukunftsfähigkeit für alle 440 deutschen Landkreise und kreisfreien Städte hat ergeben: Kein einziger Kreis kann die für eine stabile Bevölkerung notwendige Kinderzahl von 2,1 je Frau aufweisen. Das Resultat, so Reiner Klingholz, ist schon heute in vielen Regionen spürbar: Abwanderung von jungen Fachkräften in wirtschaftlich prosperierende Gebiete. Besonders betroffen sind die neuen Bundesländer, aber auch das Ruhrgebiet und das Saarland. Damit stellt der demographische Wandel gerade die Wirtschaft vor neuen Herausforderungen. Böhmer: „Die Erhaltung der Innovationsfähigkeit und Innovationsbereitschaft in allen Bereichen einer alternden Gesellschaft wird eine vordringliche Aufgabe sein“.

Rot-Grüne Mittelstandspolitik ist reinste Heuchelei

Erklärung zum Zwischenbericht der Bundesregierung über die Entwicklung der Mittelstandspolitik durch die Fusion von DtA und KfW und angesichts der Regierungspläne zur Zerschlagung des ERP-Sondervermögens:

Es ist erfreulich, dass per Saldowieder mehr Menschen den Schritt in die Selbständigkeit wagen. Ich warne aber davor, die Regierungszahlen zu überbewerten.

Denn der Zuwachs an Existenzgründungen ist de facto lediglich auf die massiv subventionierten Ich-AG's zurückzuführen. Fallen diese Subventionen erst einmal weg, werden erheblich steigende Insolvenzzahlen zum Vorschein kommen. Bereits bis heute haben über 30.000 Ich-AG'ler schon wieder aufgegeben. Viele weitere werden folgen.

Hinzu kommt, dass die vermeintlich verbesserte Mittelstandspolitik der Bundesregierung nichts als Heuchelei in Reinstform ist.

Anstatt die Finanzbedingungen für kleine und mittlere Betriebe tatsächlich zu stärken, soll ein zentrales Element der Mittelstands-

förderung durch die Hintertür zerschlagen werden. Darüber täuscht auch die Fusion von DtA und KfW nicht hinweg.

Denn gegen geltendes Recht plant Rot-Grün die ehemaligen Marshall-Gelder des ERP-Sondervermögens, die per Gesetz ausschließlich zur Wirtschaftsförderung eingesetzt werden dürfen, aufzulösen und teilweise zur Haushaltssanierung zu missbrauchen.

Nach den vorliegenden Regierungsplänen sollen der Mittelstandsförderung aus dem ERP-Fonds zwei Milliarden Euro entzogen und in Eichels maroden Etat gesteckt werden. Auch der Bundesrechnungshof hat diesen Rechtsbruch unmissverständlich kritisiert.

bleibt die Bundesregierung bei ihrer Haltung und dem offensichtlichen Gesetzesverstoß, sind wir nur noch einen Schritt von einer Bananenrepublik entfernt. Gleichzeitig wird den Existenzgründern im Mittelstand damit erheblich geschadet.

Ich fordere den Bundeswirtschaftsminister daher auf, seine Fensterreden einzustellen und diesen skandalösen Rechtsbruch sofort zu stoppen.

Für mehr Wachstum und einen gesunden Mittelstand brauchen wir keine auf Hoch-



Dagmar Wöhr

glanz polierten Zwischenberichte, sondern handfeste Verbesserungen der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Der Erhalt der Mittelstandsförderung durch die ehemaligen Marshall-Gelder in vollem Umfang ist hierfür eine Grundvoraussetzung.

Dagmar G. Wöhr ist die wirtschaftspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Nachholbedarf beim „gläsernen Vorstandschef“

Stellungnahme zu den Plänen der Bundesregierung, bei den Bezügen der Vorstände großer Unternehmen für mehr Transparenz zu sorgen:

Die Bundesregierung möchte nach den Worten der Bundesjustizministerin deutsche Manager veranlas-

sen, ihre Einkommensverhältnisse offen zu legen. Dieser Wunsch wäre glaubwürdig, wenn die Regierung in Bezug auf ihre eigenen Unternehmen, Anstalten, In-house-Gesellschaften und Beteiligungen hinsichtlich der Bezüge von deren Vorständen und Geschäftsführern mit gutem Beispiel vorangehe.

Insoweit weigert sich die Bundesregierung jedoch, Auskunft über Grundbezüge, Tantiemen, Erfolgshonorare, Aufsichtsratsvergütungen und Zuschläge zu geben. Auch die Höhe der Abfindungen bei vorzeitigem Ausschneiden wird als Betriebsgeheimnis behandelt und unter Datenschutz gestellt. Oftmals wurde in den letzten Jahren sogar die Prüfung der bundeseigenen Unternehmen durch den Bundesrechnungshof verweigert, was eindeutig rechtswidrig ist.

Auf die Informationen, die die Bundesregierung verweigert, hat das Parlament einen Anspruch. Immerhin verfügt sie bei der Zustimmung zu den Bezügen oft über Steuergeld. Das Haushaltshandel der Regierung unterliegt nach dem Grundgesetz zweifellos der Parlamentskontrolle.

Bevor die Bundesregierung nicht im eigenen Be-



Dietrich Austermann

reich für „gläserne Geschäftsführer“ sorgt, steht ihr Anspruch auf Transparenz in der Wirtschaft. moralisch auf tönernen Füßen

Dietrich Austermann ist der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Fall Mzoudi stellt neues Zuwanderungsgesetz auf den Prüfstand

Stellungnahme zur Entscheidung des hamburgischen OVG, wonach dem mutmaßlichen Terrorhelfer Mzoudi eine weitere Studierlaubnis erteilt werden muss.

Der Fall Mzoudi stellt die Geduld der rechtstreuen Bürger in unserem Land ein weiteres Mal auf die Probe. Es ist schwer nachvollziehbar, dass Mzoudi seine Zulassung zu einer öffentlichen Bildungs-

einrichtung und zu einem kostenlosen Studium gerichtlich durchsetzen konnte, weil die Hochschule bei der Studienzulassung nur die Noten von Mzoudi berücksichtigen dürfe, nicht aber dessen „radikal-islamistisch-fundamentalistische“ Einstellung. Hierauf hatte die Hochschule die Exmatrikulation gestützt.

Die Entscheidung wird voraussichtlich nicht ohne Folgen für das Aufenthaltsrecht bleiben können, da Mzoudi durch die Studierlaubnis jetzt wieder einen Rechtsgrund für seine Anwesenheit in Deutschland geltend machen kann. Bislang war der Antrag auf Erteilung bzw. Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis unter Verweis auf die Exmatrikulation Mzoudis abgelehnt worden. Mit der Exmatrikulation war der Anlass – das Studium – für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis entfallen (§ 28 Ausländergesetz).

Ob Mzoudi nach dem neuen Zuwanderungsgesetz zügig abgeschoben werden kann, wird sich zeigen. Es wird unter anderem davon abhängen, ob Mzoudi von Behörden und Gerichten als sogenannter „Top-Gefährder“ eingestuft werden kann oder wird. Die Erwartungen an das neue Gesetz sollten realistisch bleiben. Sollte sich nach dem Inkrafttreten des



Hartmut Koschyk

Zuwanderungsgesetzes aber herausstellen, dass Mzoudi doch nicht zügig abgeschoben werden kann, muss das Gesetz nachgebessert werden. Denkbar wäre z.B. eine Beschränkung der Klagemöglichkeiten auf eine Instanz statt drei Instanzen für alle gefährlichen Ausländer und nicht nur für die Top-Gefährder. Es schadet unserem

Land, wenn sich Extremisten den Rechtsstaat zunutze machen, um sich durch alle Instanzen zu klagen und damit ihren Aufenthalt um Jahre zu verlängern, um dann letztendlich nicht mehr abgeschoben werden zu können.

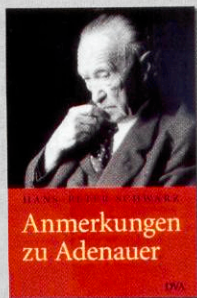
Hartmut Koschyk ist der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

ADENAUER: NEU IM BLICK

■ **Hans-Peter Schwarz:**
Anmerkungen zu Adenauer, München 2004,
Deutsche Verlagsanstalt,
218 Seiten, EUR 17,90,
ISBN 3-421-05838-5

Empfehlung: Für „unseren Besten“ halten die Deutschen den ersten deutschen Bundeskanzler Konrad Adenauer – und dies regelmäßig in allen entsprechenden Umfragen bis hin zur gleichnamigen ZDF-Show. Was diese große Figur der deutschen Politik und Gründer der CDU so fest im Gedächtnis der Menschen hält, dieser Frage geht Hans-Peter Schwarz in seinem neuen Buch „Anmerkungen zu Adenauer“ nach. In leicht lesbaren, dennoch sehr kenntnisgeladenen 218 Seiten geht der ausgewiesene Adenauer-Spezialist (von ihm stammt die zweibändige, über 2.000 Seiten

starke Adenauer-Lebensbeschreibung) Leben und Leistung Adenauers nach. Schwarz gelingt es dabei, den „Vater der Bundesrepublik“ nicht nur facettenreich mit seinen Stärken sowie vermeintlichen und echten Schwächen darzustellen, sondern mit pointierten Schlussfolgerungen der Fragen nachzugehen: Was bleibt von Adenauer, und was können wir heute und für die Zukunft Deutschlands von ihm lernen? So arbeitet Schwarz zum Beispiel heraus, wie Adenauer seine Reformpolitik, vor allem seine Wirtschaftspolitik mit der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft, entwickelt und gegen viele Widerstände durchsetzt und



zum nachhaltigen Erfolg macht, indem er „Marktwirtschaft und Bürgerblock“ zusammenbringt. Er arbeitet heraus, wie viel Konfliktfähigkeit und mangelnder Respekt vor überholten

Denkgewohnheiten und Strukturen nötig sind, ein Land auf einen guten Weg in die Zukunft zu bringen. Dazu gehören Visionen bei der Zielsetzung und Pragmatismus bei deren Umsetzung. Das neue Buch von Hans-Peter Schwarz zu lesen ist, deshalb nicht nur lehrreich mit Blick auf eine große Persönlichkeit, sondern auch mit Blick auf die Herausforderungen heute, die von der CDU wieder mutige Antworten und entschlossenes Handeln verlangen.

Organspenden: Appelle an guten Willen ist zu wenig!

Die Entwicklung bei den Organspenden ist bedenklich: Stellten im 1. Halbjahr '03 noch 584 Organspender ihre Organe nach ihrem Tode zur Verfügung, sank im 1. Halbjahr '04 die Zahl auf 528. Auch die Zahl der durchgeführten Transplantationen ging von 1.905 im 1. Halbjahr '03 auf 1.757 zurück.

Die Zahlen machen deutlich, dass Appelle an guten Willen nur gut gemeint, aber wenig wirksam sind. Halten doch generell rund 80 % der Bundesbürger Organtransplantationen für sinnvoll und unterstützenswert, so haben dennoch nur etwa 12 % einen Spendeausweis. Der Grund ist nicht die überzeugte Ablehnung einer postmortalen Spende, sondern die mangelnde Aufklärung. Deshalb sind Medizin, Politik und die Gesellschaft in der Pflicht, sich bundes- und insbesondere landesweit aktiv an der Förderung der Organspende zu beteiligen: ■ Jedes Bundesland sollte verpflichtet werden, Transplantationsbeauftragte einzusetzen. ■ Nach dem Transplantationsgesetz sind alle Krankenhäuser mit Intensivstationen mit der Organspende und Organtransplan-

tation beauftragt worden, allerdings ist bisher nur etwa die Hälfte von ihnen aktiv daran beteiligt. Das Ärzte- und Pflegepersonal muss regelmäßig in Bezug auf Organspende und -transplantation geschult werden. Nur wer selbst informiert ist, kann auch Angehörige, die einer Organspende zustimmen müssen, davon überzeugen. ■ Die Aufklärungsarbeit muss regelmäßig und öffentlichkeitswirksam durchgeführt werden. Die Bundesregierung muss hierfür mehr Mittel zur Verfügung stellen, statt diese kontinuierlich zu kürzen. ■ Das Thema Organtransplantation gehört in die Lehrpläne der Schulen, zum Beispiel in die Fächer Biologie, Religion und Ethik. ■ Im Rahmen der Führerscheinprüfung muss das Thema aufgegriffen und die Prüflinge motiviert werden, einen Spendeausweis auszufüllen. Denn jeder von uns kann plötzlich und unerwartet vor die Entscheidung gestellt werden, zu helfen oder auf die Hilfe anderer Menschen angewiesen zu sein. ■ Bei der Durchführung der Gemeinschaftsaufgabe Organspende müssen die Krankenkassen aktiver werden. Etwa alle fünf Jahre sollten sie ihre Mitglieder über die neuesten Entwicklungen der Transplantationsmedizin informieren und diese nach ih-



Thomas Rachel



Julia Klöckner

rer möglichen Organspendebereitschaft fragen. Die Spendebereitschaft wird dann auf der Versichertenkarte verzeichnet und kann jederzeit widerrufen werden.

Zum Thema „Transplantationsmedizin“ hat die Union Anfang des Jahres eine „Große Anfrage“ an die Bundesregierung eingereicht – die Beantwortung erwarten wir gespannt und vor allem bald. Scheint sich doch die Bundesregierung, wie sich in der Debatte vor der Sommerpause zeigte, keine ernsthaften Sorgen und Gedanken zur Organspende zu machen und eher ungehalten zu sein, dass die Union sie mit einer solchen Anfrage „belästigt“. Es geht im wahrsten Sinne des Wortes um Leben und Tod; es ist unsere Pflicht, uns um die Beseitigung der Missstände zu kümmern

Thomas Rachel ist der Sprecher in der Enquete-Kommission „Ethik und Recht der modernen Medizin“ und **Julia Klöckner** ist die zuständige Berichterstatterin für Transplantationsmedizin in der Kommission.

Leporello
„So entstehen neue Jobs“

Bestell-Nummer: **2171**
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**
 inkl. MwSt.: 11,77 €



Leporello
„Das Steuermodell der CDU“

Bestell-Nummer: **2172**
 Preis je **100 Stück: 11,00 €**
 inkl. MwSt.: 11,77 €



Folder „Sozial ist, was Arbeit schafft“

Bestell-Nummer: **2085**
 Preis je **100 Stück: 10,00 €**
 inkl. MwSt.: 10,70 €



BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
 Bertelsmann-Versandzentrum
 Postfach 1162, 33759 Versmold
 Telefax 0 52 41-8 04 1892
 e-mail:
 cdu-shop@bertelsmann.de

Die neue Wandzeitung



Das ist die aktuelle Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten oder Infostand. Sie kann von allen Kreis-, Stadt- und Ortsverbänden als Jahresabonnement beim UBG-Medienzentrum bestellt werden.